

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 25 (1984)
Heft: 1

Artikel: Kadarisierung für Polen?
Autor: Zielonka, Jan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094531>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

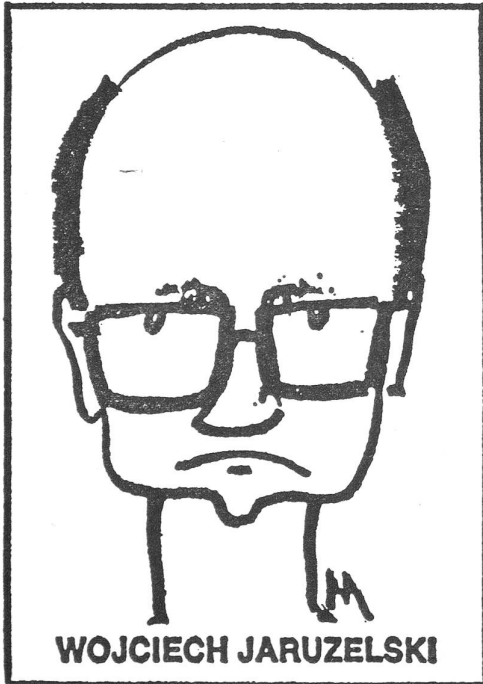
Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jan Zielonka
zur Anwendbarkeit
eines
westlichen Wunschmodells
von Normalisierung

Kadarisierung für Polen?

Der Westen wünscht, mit der polnischen Frage in Ruhe gelassen zu werden, aber er ist freundlicherweise bereit, den Polen möglichst akzeptable Bedingungen «zu gewähren». Ein animierender Vergleich insbesondere hat seinen Weg gemacht: Man müsse dem Regime dort helfen, so etwas wie eine polnische Version des ungarischen Modells zu schaffen. Das mache die sozialistischen Verhältnisse als ohnehin unabdingbare Gegebenheit für die Leute annehmbar. Wie steht es mit einem solchen Weg für Polen? Dieser Frage geht hier Jan Zielonka nach. Er ist ein ehemaliges KOR-Mitglied und lebt heute im Westen. Wir fassen seine Studie zum Thema des ungarischen Modells zusammen.



Wie soll sich der Westen gegenüber Polen verhalten? Häufig zu hören ist die Empfehlung, man müsse es General Jaruzelski ermöglichen, graduell ein System einzuführen, das jenem von Janos Kadar in Ungarn entspreche.

Eine Vorbemerkung scheint mir angebracht. Kadars «liberales» Image von heute ist auch für Ungarn nicht die ganze Geschichte. Kadar kam durch die Sowjetinvasion von 1956 zur Macht, und zunächst folgte eine Periode harter Repression. Erst dann gelang es ihm, eine eigene sozio-ökonomische Variante zu entwickeln, deren Merkmale als Kadarismus gelten: eine relativ prosperierende Wirtschaft, ein unverkrampftes Verhältnis zum Westen und eine Reduktion der Unterdrückung von Andersdenkenden.

Als Beispiel für Polen wird das vornehmlich deshalb bezeichnet, weil sich die Sowjets damit abfinden könnten, während das «Solidarnosc-Modell» für sie unannehmbar bleibe; die praktische Alternative zum Kadarismus sei der Stalinismus.

Hier ist zu betonen, dass bald nach dem Staatsstreich vom 13. Dezember 1981 die polnischen Militärmachthaber selbst an Kadar erinnerten,

aber bezeichnenderweise an den *ganzen* Kadar, der zuerst die Konterrevolution hatte niederschlagen müssen, bevor er zum Reformier werden konnte; zunächst war so die Repression zu rechtfertigen.

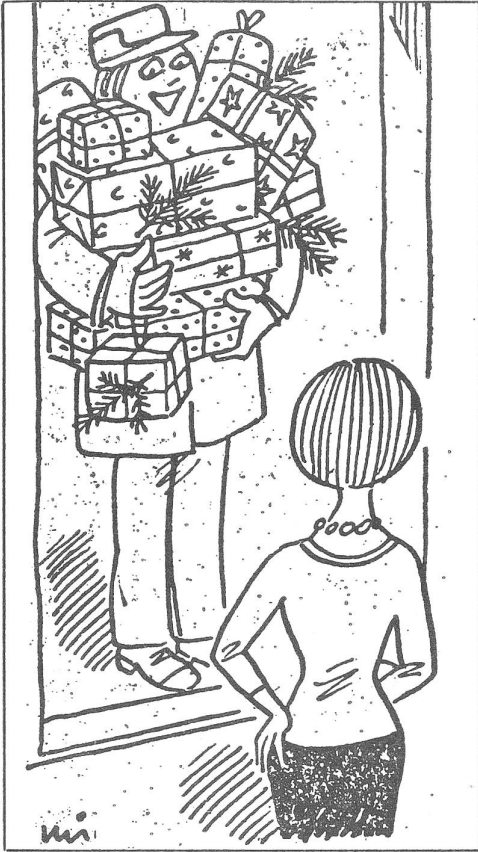
Das war nicht alles. Der ausgesprochene Hinweis auf Ungarn diene gleichzeitig der unausgesprochenen Versicherung, dass man für später keine Normalisierung à la Tschechoslowakei meinte (wo es unter Husak bei der völligen Gleichschaltung geblieben ist).

Die Rolle Kadars war allerdings in polnischen Regimekreisen nicht einmal als Lippenbekenntnis unbestritten. Die «Dogmatiker» in der Partei wollten ihn nur als Vorbild für die erforderliche Bezwingung antisozialistischer Elemente gelten lassen. Darüber ist es zu einer öffentlichen Kontroverse zwischen «Rzeczywistosc» (Warschau, Nr. 3/1982) und «Polityka» (Warschau, Nr. 25/1982) gekommen.

Indessen geht es in dieser Arbeit nicht um die Bewertung von Absichtserklärungen und vorrangig auch nicht darum, was für Polen (unbeschadet der Bevölkerungswünsche) «richtig» ist.



Vignette «Gegenstimmen», Wien. Kommt nach der Peitsche das Zuckerbrot? Will es jemand backen? Will es jemand essen?



Weihnachtsfreude: «Natürlich sind die Schachteln leer, aber die Leute auf der Strasse sind geplätzt vor Neid.» («Express Wieczorny», 16.12.1983)

Krisenpolitik

Vorerst scheint mir die Frage wichtig, wieviel sich vom ungarischen Modell überhaupt auf das reale Polen übertragen lässt.

Beginnen wir mit einem Blick auf die beiden Volkswirtschaften im gegenwärtigen Zeitpunkt. Es gibt objektive Gegebenheiten, die im Vergleich eindeutig Polen bevorteilen. Dieses hat Rohstoffvorkommen und weist trotz seiner vielbesprochenen Erdöleinfuhr einen Exportüberschuss an Energie auf. Ungarn hat bis auf etwas Aluminium nichts Entsprechendes vorzuweisen; es hängt für Energie und Rohstoffe stark vom Ausland ab.

Indessen erweist es sich, dass Ungarn trotz natürlicher Benachteiligungen (sie betreffen auch die Arbeitskraft und den Aussenhandel) besser wirtschaftet als Polen. Bezeichnend in dieser Hinsicht scheint es mir zum Beispiel zu sein, dass der ökonomische Rückschlag Ende der siebziger Jahre (auch am realen Pro-Kopf-Einkommen messbar) in Polen ungleich stärker ausfiel als in Ungarn, das «eigentlich» für die internationale Rezession viel anfälliger hätte sein müssen.

Wenn die ungarische Wirtschaft besser arbeitet als die polnische, dann beruht das tatsächlich auf der spezifischen Politik des Kadar-Regimes.

Sie weist drei Hauptphasen auf. In einer ersten Phase war die politische Krise mit ihren grossen

wirtschaftlichen und menschlichen Verlusten zu überwinden, ebenso die sowjetisch eingeführte Unterdrückung. Die zweite Phase begann Ende der sechziger Jahre mit der Einführung von Wirtschaftsreformen (Neues Ökonomisches Modell, NEM), welche die Rolle der zentralen Planung einschränkten; die einzelnen Unternehmen erhielten Befugnisse in Richtung Selbstverwaltung und Auflagen in Richtung Selbstfinanzierung. Die dritte Phase bedeutet Anpassung in der langfristigen Weltwirtschaftskrise und wird von den polnischen Ereignissen beeinflusst.

Eine «Kadarisierung Polens» müsste diese drei Phasen ebenfalls durchlaufen. Nur unter Zeitdruck und unter völlig andern politischen Umständen.

Die sowjetische Invasion nach der ungarischen Revolution hatte dem Land schwere Schäden direkter Art (Beschiessung) und indirekter Art (Produktionsabfall) gebracht; 200000 Personen verliessen das Land, darunter viele qualifizierte Arbeitskräfte.

Dennoch gab es eine rasche Erholung. Einmal hatte der Leistungsabfall nach 1956 nichts mit Problemen der Wirtschaftsstrukturen selbst zu tun, sondern vor allem mit Verwüstungen und organisatorischen Zusammenbrüchen. Dann war der Sowjetblock insgesamt damals wirtschaftlich relativ stark und autark. Es gab keine nennenswerte Westverschuldung und keine nennenswerte Abhängigkeit von ausländischer Technologie und Energie. Das ermöglichte es der Sowjetunion, dem kleinen Land mit Krediten und Rohstofflieferungen wirtschaftlich unter die Arme zu greifen; auch andere Länder wurden in dieses Retablierungsprogramm eingespannt.

Im Unterschied zur ungarischen Wirtschaftskrise nach 1956 ist die polnische Wirtschaftskrise von heute keine Folge von Kriegsschäden im engeren und weiteren Sinne, sondern die Folge einer tiefen Strukturschwäche mit systembedingten Män-

geln und einem chronischen Missmanagement. Die zentralisierte «Kommandowirtschaft» hat praktisch zum Bankrott geführt. Das National-einkommen sank zwischen 1979 und 1981 auf das Niveau von 1974 zurück. Die Verschuldung gegenüber dem Ausland beläuft sich auf 25 Milliarden Dollar.

Schon wegen seiner Grösse und Bevölkerungszahl hat Polen wenig Erleichterung von sowjetischer Wirtschaftshilfe zu erwarten. Auch ist diese mit 465 Millionen Dollar als Geschenk und 1 Milliarde Dollar als Kredit relativ kleiner ausgefallen als seinerzeit im ungarischen Fall, und von den übrigen Comecon-Ländern gab es wenig bis nichts. Überdies hat die Sowjetunion 1982 ihre Erdölpreise erhöht; so holt man sich Geschenke zurück.

Die ungarische Normalisierung hatte sich im günstigen Wirtschaftsklima der sechziger Jahre abge-spielt, und auch in dieser Beziehung sieht die Sache für Polen anders aus.

Nichts von dem bedeutet notwendigerweise, dass sich die polnische Wirtschaftslage nicht verbessern liesse. Immerhin gibt es heute in Polen wieder Waren zu kaufen, eine erhöhte Kohlenproduktion bringt mehr Devisen ins Land, und die Preiserhöhungen haben den Inlandmarkt stabilisiert.

Auch die Auslandsverschuldung ist an sich kein unüberwindbares Hindernis. «Borge von der Bank einen kleinen Betrag, und sie hat dich in der Hand. Borge von ihr eine riesige Summe, und du hast sie in der Hand.» Der Spruch beweist seine Gültigkeit gerade im Falle Polens. Der Westen hat (die Wirtschaft allerdings mit mehr Bedenken als die Regierungen) viel guten Willen bewiesen.

Doch sind das Tröstungen, welche die fundamentale Schwäche der polnischen Wirtschaft nicht zu überwinden vermögen.



Aus der
exilpolnischen
Zeitschrift
«Meinung/Poglad»,
Westberlin.

Gulasch-Kommunismus

Das nächste Hauptelement der «Kadarisierung» ist die *Wirtschaftsreform*, wie sie Ungarn 1968 unter dem Namen NEM einführte.

Sie suchte Investitionen nach wirtschaftlichen Kriterien zu ermutigen und die Produktion nach Mass der Konsumentenwünsche zu schneiden. Dazu entfernte man sich vom Modell zentralisierter Wirtschaftsführung und gab den Unternehmensleitungen neue Betätigungsfelder. Vor allem schaffte man die standardisierten Jahrespläne sowjetischen Typs für die Produktion ab und wies die Unternehmen an, selber auf Markt-signalen zu reagieren. Um so ein Verhalten zu stimulieren, wurde neben einer Neuberechnung der Produzentenpreise die Preisbildung teilweise dezentralisiert, wenn auch nicht völlig aufgegeben; zentrale Richtlinien blieben erhalten.

Obwohl die ungarische Reform sichtbare Wirtschaftserfolge zeitigte, brachte sie *keinen «marktwirtschaftlichen Sozialismus»* hervor. Es ist schwierig, Marktbezogenheit in ein planwirtschaftliches System einzuführen, weil die grundlegende Abhängigkeit der Unternehmen von den zentralen Behörden unangetastet bleibt. Im Falle Ungarns war die «unternehmerische Freiheit» auf die laufende Produktion beschränkt; an der Massgeblichkeit der zentralen Planung für die langfristige Entwicklung änderte sich nichts. Und schliesslich gab es immer noch die Sonderrolle der Partei mit ihren Eingriffsmöglichkeiten.

Dann ist an eine *Vorbedingung* der ungarischen Reform zu denken. Sie wurde gut elf Jahre nach 1956 gestartet, auf der *Grundlage eines schon erprobten politischen Kompromisses*, mit dem die Führung die notwendige Glaubwürdigkeit für einen neuen Kurs erlangt hatte.

An dieser Glaubwürdigkeit müsste es in Polen notgedrungen fehlen, wenn man eine NEM als Ausgleich für politische Kompromisslosigkeit einführen wollte. Es braucht eine Vorleistung zum Beweis des guten Willens, und Vertröstungen auf spätere Möglichkeiten von Demokratisierungen sind kein Ersatz dafür.

Äussere «Garanten» des ungarischen Modells sind weniger sicher, als man gemeinhin annimmt. Die sowjetische Billigung hält sich in Grenzen, und Ungarn fühlt sich ihrer nicht sicher. In der offiziellen Rhetorik wimmelt es von Erklärungen, die den «sozialistischen Charakter» des NEM betonen, als ob man dauernd ein Alibi nachweisen müsste.

Ferner gibt es keine Anzeichen dafür, dass der Westen die ungarischen Reformen gefördert hat. Die Westkredite an Ungarn ab 1971 waren die Folge einer neuen Kreditpolitik gegenüber dem gesamten Sowjetblock viel eher als einer Sonderbehandlung Ungarns.

Bei jeder Übertragung ist mit dem erhöhten sowjetischen Misstrauen gegenüber Polen zu rechnen, und westliche Kredite können so oder anders gebraucht werden, wie immer sie gemeint sind oder im Westen interpretiert werden.

Die ungarischen Reformen sind unter einem ständigen Seilziehen vor sich gegangen. Manche ursprünglichen Vorhaben wurden nie realisiert, andere wurden später zurückgenommen.

In Polen sind die Schwierigkeiten dieser Art noch viel ausgeprägter. An ihnen sind schon die Reformversuche der siebziger Jahre gescheitert. Das Reformprogramm von 1982 ist auf die Überwindung partieller Engpässe ausgerichtet und entbehrt einer Gesamtkonzeption (z.B. ersetzt die Verteuerung von Konsumgütern keine Preisreform). Jaruzelski bindet Reformmassnahmen

an nachkriegsrechtliche Restriktionen; schon das allein hindert ihn daran, die Grundprinzipien des ungarischen Modells einzuführen.

Die Unternehmensleitungen ihrerseits zeigen keinerlei Reformbegeisterung; sie möchten nicht zwischen Stuhl und Bank geraten. In der heutigen Situation haben sie weder klare Anweisungen von oben noch Unterstützung von unten zu erwarten; auf die Arbeiterwünsche zurechtgeschnitten war das seinerzeitige Reformprogramm von Solidarnosc gewesen (1981), und davon darf nicht mehr die Rede sein.

Schliesslich ist Ungarn selbst in eine neue Phase getreten, die den Kadarismus in seiner bisherigen Form in Frage stellt, und das gerade im Zusammenhang mit den polnischen Ereignissen. 1981 stellte Kadar eine härtere Linie im gesellschaftlich-politischen Umgang in Aussicht.

Der relative politische Liberalismus ist immer ein wichtiger Faktor in der ungarischen Entwicklung gewesen. In den letzten Jahren hat es neue Ansätze zu repressiven Massnahmen gegeben: striktere Zensur, Verhaftungen wegen falscher politischer Einstellung, verhärteter Ton in aussenpolitischen Belangen. Gleichzeitig ist die wirtschaftliche Liberalisierung allerdings weitergegangen, wobei sich nicht zuletzt der kleinwirtschaftliche Privatsektor dank offizieller Ermutigung sehr stark entwickelt hat.

Im übrigen muss auch Ungarn mit der kritischen Lage der Weltwirtschaft leben. Was die Möglichkeiten des eigenen Weges in der Zukunft sind, bleibt abzuwarten.

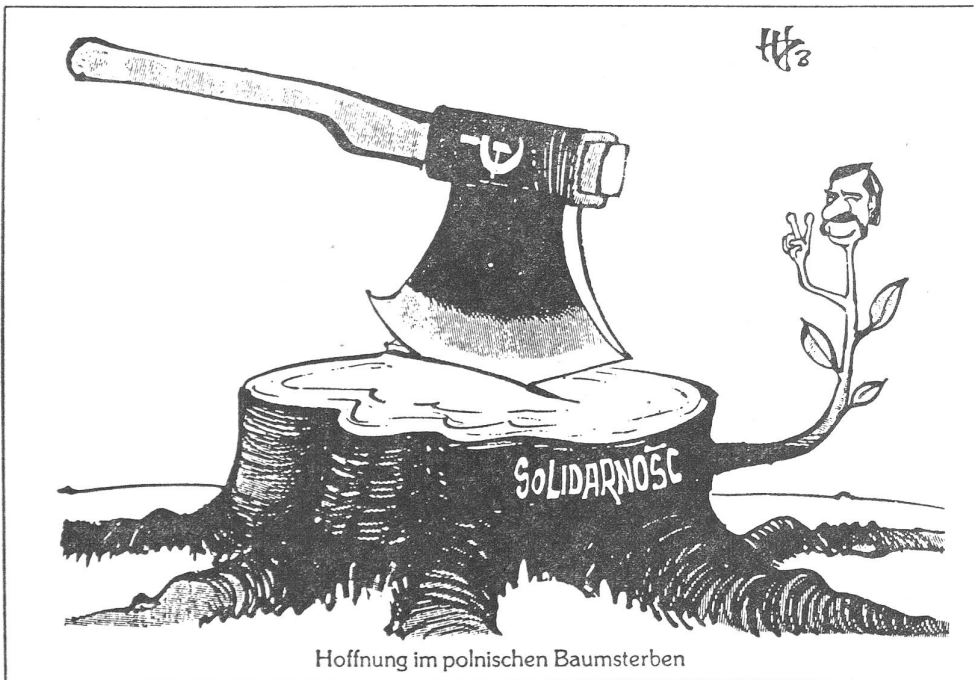
Die politische Normalisierung

Die «Normalisierungsprozesse» in Polen und Ungarn haben jeweilige geschichtliche und politische Aspekte, welche die Vergleichbarkeit der beiden Fälle noch schwieriger machen. Ich nenne einige Beispiele.

- Die Niederschlagung der ungarischen Revolution erfolgte 8 Jahre nach der kommunistischen Machtergreifung von 1948, die stalinistisch gewesen war. Kadar selbst hatte eine Vergangenheit als Opfer des Stalinismus. Man konnte in der Folge vom Glauben an einen Sozialismus ausgehen, der sich als Gegensatz zum stalinistischen Terror verstehen liess. In diesem Sinn hatte Kadars «Neubeginn» ein Glaubhaftigkeit und erschien jedenfalls nicht als Absurdität.

Im Polen von heute sieht die Sache anders aus. Man hat bald 40 Jahre Sozialismus hinter sich, und das System selbst ist diskreditiert, nicht diese oder jene Abart davon.

Der Sozialismus hat weder Gerechtigkeit noch Wohlfahrt gebracht; seine ideologische Überzeugungskraft ist verloren gegangen. Nach den Krisen von 1956, 1968, 1970 und 1980 tönt das Wort «Erneuerung» nur noch wie ein parodistisches Echo. Die Desillusion ist komplett. Tatsächlich hat Jaruzelski bei seiner Ordnungswiederherstellung den Akzent auf die schiere Staatsmaschine-



Hoffnung im polnischen Baumsterben

Karikatur: Solidarnosc-Delegation in der Schweiz.



Karikatur: Solidarnosc-Delegation in der Schweiz.

rie gelegt und nicht auf die Partei. Aber es bleibt das alte System, das er gerettet hat: Zentralismus, Willkür, Missachtung von Wirtschaftskriterien, Abwürgung der öffentlichen Diskussion, undemokratische Personalpolitik. Es gibt innerhalb des Systems keine glaubhafte Abkehr davon.

- Die ungarische Revolution von 1956 war etwas ganz anderes als die polnische Revolution von 1980. Folglich kann es kein gemeinsames Rezept ihrer Überwindung geben.

Die ungarische Revolution war von einer Intelligenzia-Auswahl inspiriert und geführt; die Bevölkerungsmassen kamen in den Schlussphasen hinzu. Die Führer der Bewegung um Imre Nagy kontrollierten Partei und Regierung. Die Revolution dauerte kurz und kam nicht dazu, ein Gesamtprogramm gesellschaftlicher Veränderungen auszuarbeiten.

Die polnische Revolution war eine Massenbewegung, die von den Arbeitern selbst angeführt wurde (die Intelligenzia spielte eine Beraterrolle, wenn auch eine wichtige). Der Protest war gut organisiert und mündete nicht in Gewalt, sondern in einer Vereinbarung mit den Behörden (August 1980). Als Frucht entstand die Gewerkschaft Solidarnosc, die 18 Monate lang dem Bevölkerungswillen Ausdruck gab und ein zusammenhängendes Programm für die gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung des Landes vorlegte.

In Ungarn gab es eine «konterrevolutionäre» Elite zu liquidieren, die dann beim neuen Anfang nicht mehr vorhanden war. In Polen ist die «konterrevolutionäre» Elite letzten Endes die Arbeiterklasse...

- Die ungarische Revolution wurde durch eine sowjetische Invasion zerschlagen. Der Angriff war brutal; Tausende starben. Die Ungarn leiste-

ten tapferen Widerstand, aber das Ende war unausweichlich. Das vermittelte notgedrungen ein überwältigendes Gefühl von Endgültigkeit.

In Polen war der militärische Staatsstreich vom Dezember 1981 brutal genug, aber den erhofften abschliessenden Charakter erlangte er nicht. Für viele Polen dauert der Kampf gegen die einheimische Machtanmassung an. Zwar tönt Jaruzelski immer wieder an: «Wenn wir nicht Ordnung schaffen, werden sie doch noch kommen», aber das hat nur bedingten Erfolg. Einige sagen «Wenn sie sich getraut hätten, wären sie schon gekommen», andere sagen «Ein polnischer Henker ist auch kein Trost», und unterdessen hat sich die Erpressung abgenützt, wie immer es um ihre reale Umsetzbarkeit steht.

In Ungarn waren nach 1956 die oppositionellen Kräfte physisch vernichtet oder vertrieben. Es gab keine Gelegenheit zum Widerstand.

In Polen hat eine Opposition überlebt, die – wie ich glaube – aus der Mehrheit der Bevölkerung besteht. Sie hat keinen gewaltsamen Charakter. Sie setzt sich nicht den Sturz des Regimes zum Ziel, aber sie manifestiert sich und bleibt ein Faktor auch in der künftigen Entwicklung.



Ich komme zum Schluss: Für den Westen geht es nicht um die Alternative, entweder den «Stalinismus» oder den «Kadarismus» in Polen zu unterstützen. Die echte Alternative besteht darin, entweder das repressive Regime von Jaruzelski zu unterstützen oder aber die liberale Opposition. Diese erstrebt für Polen einen neuen Gesellschaftsvertrag, und das wiederum ist eine Bedingung sowohl für eine bessere Wirtschaft als auch für einen dauerhaften Frieden in Polen. ■

CRITICON

Konservative Zeitschrift

informativ – anregend – umfassend

«National Review» – das führende konservative Organ der USA – schrieb im Februar 1980: «CRITICON ist wohl der hellste Stern am Firmament der konservativen Publizistik. Es ist völlig international in Reichweite und Tonlage. Es ist zugleich sarkastisch und eminent kultiviert, tiefgründig und pamphletisch. Es ist ein (das?) Organ der «Konservativen Internationale».»

Ich bestelle (Gewünschtes bitte ankreuzen)

- eine CRITICON-Probenummer (gratis)
- Jahresabonnement DM 57.–

.....

.....

.....

(Bitte Druckschrift)

CRITICON-Verlag, Knöbelstrasse 36/V, D-8000 München 22